

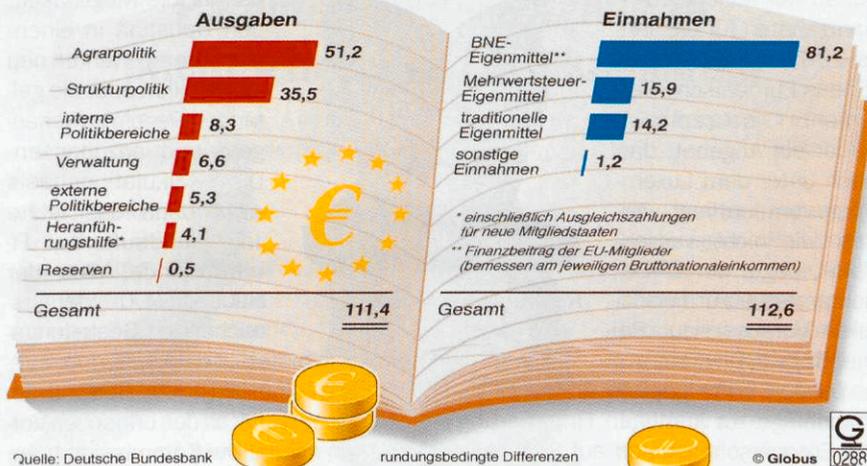
UNION IN EUROPA

CDU/CSU-Gruppe in der
EVP-ED-Fraktion im Europäischen Parlament

Nummer 18 · 14. Dezember 2005 · www.cdu-csu-ep.de

Das Haushaltsbuch der EU

Ausgaben und Einnahmen des EU-Gesamthaushalts 2006 in Milliarden Euro (Entwurf)



Britische Vorschläge zu EU-Haushalt nicht akzeptabel

Der Vorsitzende der EVP-ED-Fraktion im Europäischen Parlament, Hans-Gert Pöttering, hat die Vorschläge der britischen Regierung für die Finanzielle Vorausschau der Europäischen Union von 2007 bis 2013 für unzureichend erklärt. Die EVP-ED-Fraktion werde die Vorschläge nicht akzeptieren, sagte Pöttering. Eine Reduzierung der EU-Finanzhilfen für die neuen Mitgliedstaaten in Höhe von zehn Prozent sei inakzeptabel und werfe neue Gräben auf. (Seiten 2 und 7)

Inhalt

- Reimer Böge:
EU-Haushalt
Seite 2
- G. Quisthoudt-Rowohl:
Patentschutz
Seite 3
- Joachim Wuermeling:
Verteidigungsindustrie
Seite 5
- kurz & bündig
Seite 7

REIMER BÖGE:

Britischer Haushaltsvorschlag für Parlament nicht verhandelbar

EU-FINANZRAHMEN IST AUCH IM JÄHRLICHEN VERFAHREN MÖGLICH

Die Vorschläge der britischen Präsidentschaft für einen EU-Finanzrahmen für die Jahre 2007 bis 2013 sind für das Europäische Parlament inakzeptabel. „Über ein Angebot, das noch unter dem Luxemburgs vom Juni liegt, werden wir nicht verhandeln“, sagte der EP-Berichtersteller zur Finanziellen Vorausschau, Reimer Böge (CDU).



Reimer Böge MdEP

London hatte gestern Abend seine Vorschläge zur künftigen Finanzierung der Europäischen Union auf 846 Milliarden Euro taxiert, was 1,03 Prozent der EU-Wirtschaftsleistung entspricht. Die Luxemburgische EU-Präsidentschaft hatte im Juni noch 1,06 Prozent vorgeschlagen, was 871 Milliarden Euro entsprechen hätte. Bei den britischen Plänen hätten vor allem die ärmeren Beitrittsstaaten durch Kürzungen von 14 Milliarden Euro das Nachsehen. Dazu fehle jegliche Gestaltungsmöglichkeit in den Bereichen Wettbewerbsfähigkeit, Forschung und Außenpolitik.

Der CDU-Europaabgeordnete wies darauf hin, dass ein Scheitern des EU-Gipfels am 15./16. Dezember keine Haushaltskrise bedeute. „Wenn es kei-

ne Einigung gibt, ist das nicht das Ende der Welt. Es gibt die Möglichkeit, den Haushalt in einem jährlichen Verfahren neu zu erstellen oder die geltenden Regeln zu verlängern und anzupassen. Die Kalkulationsbasis wäre dann das letzte Jahr der laufenden Finanzperiode, also der Haushalt 2006, der ausreichenden Gestaltungs-

spielraum bietet“, so Böge.

Kommissionspräsident Barroso liege mit seiner Kritik an den britischen Vorschlägen richtig. Die Kommission habe sich aber in der Frage des künftigen Finanzrahmens viel zu spät positioniert. „Sie hätte sich früher auf die Seite des Parlaments stellen sollen“, sagte der Berichterstatter des Parlaments zur Finanziellen Vorausschau.

Das Verhalten der britischen Präsidentschaft sei „deutlich jenseits üblicher diplomatischer Gepflogenheiten“. Außenminister Straw hatte die Vorschläge in London und nicht in Brüssel präsentiert. Das britische Paket sei vorrangig an nationalen Interessen orientiert. „Das ist ein Tabubruch, den es bisher so noch nicht gegeben hat.“ Die Spielräume für die Briten seien innenpolitisch

zwar eng. Die Vorschläge zeugten aber auch von einer allgemeinen europäischen Orientierungskrise, so Böge.

Das EP hatte im Juni ein Gesamtbudget 2007 bis 2013 von 1,18 Prozent der EU-Wirtschaftsleistung vorgeschlagen. Über die gesamte Laufzeit hätten

sich Einsparungen gegenüber dem ursprünglichen Kommissionsvorschlag von 47,5 Mrd. Euro ergeben.

Weitere Informationen zum Haushalt der Europäischen Union finden Sie unter http://europa.eu.int/comm/financial_perspective/index_de.htm

GODELIEVE QUISTHOUDT-ROWOHL:

Patente und der Zugang zu unentbehrlichen Medikamenten

PATENTSCHUTZ FÜR ARZNEIMITTEL DARF NICHT AUFGEWEICHT WERDEN

Sechs Millionen Menschen sterben jährlich an AIDS, Tuberkulose oder Malaria. Die meisten Opfer kommen aus den ärmsten Ländern dieser Welt. Dort fehlt es oft schon an wirksamen und bezahlbaren Medikamenten. Im November 2001 beschloss die Welthandelsorganisation (WTO), dass Mitgliedsländer den grenzüberschreitenden Patentschutz von Medikamenten in Notfällen außer Kraft setzen können. Unter bestimmten Voraussetzungen können einheimische Medikamentenhersteller dann eine Zwangslizenz beantragen, die sie zur Herstellung preiswerter Kopien patentgeschützter Arzneimittel berechtigt.

Gerade die ärmsten Länder, deren Bevölkerung am schlimmsten von diesen Infektionskrankheiten betroffen



G. Quisthoudt-Rowohl MdEP

ist, besitzen aber oft keine eigene Pharmaindustrie, die solche Nachahmerpräparate auch produzieren könnte. Deshalb hat die WTO im August 2003 solchen Ländern unter bestimmten Bedingungen die Einfuhr von Nachahmerpräparaten patentgeschützter Arzneimittel erlaubt. Es ist darum ein Gebot der Menschlich-

keit, dafür zu sorgen, dass die betroffenen Menschen in bedürftigen Ländern auch mit solchen Medikamenten versorgt werden können. Deshalb sollten europäische Pharmaunternehmen eine Zwangslizenz beantragen können, um Kopien patentierter Medikamente für die Ausfuhr in solche Länder herzustellen — auch wenn sie kein WTO-Mitglied sind. Außerdem sollten solche Unternehmen bereits während der Pa-

tentlaufzeit eines Medikaments für die arzneimittelrechtliche Zulassung erforderliche Studien durchführen können.

Über zwei Dinge muss man sich jedoch im Klaren sein. Der Zugang zu preiswerten Arzneimitteln allein ist für Entwicklungsländer kein Ausweg aus der Gesundheitsmisere. Mangelhafte Infrastruktur, schlechte hygienische Bedingungen, eine unzureichende finanzielle Ausstattung der Gesundheitssysteme und fehlende soziale Sicherungssysteme spielen dabei auch eine große Rolle. Zum Zweiten darf das Prinzip des Patentschutzes für Arzneimittel nicht aufgeweicht werden. Arzneimittelforschung muss sich weiterhin lohnen, da die Entwicklung neuer Medikamente von allgemeinem Interesse ist.

Die Vergabe von Zwangslizenzen ist also nur in wenigen Ausnahmefällen sinnvoll. Um Missbrauch vorzubeugen, sollten dem Patentinhaber gewisse Informationsrechte eingeräumt werden, so dass er die Einhaltung der Lizenzbedingungen kontrollieren und auf Verstöße aufmerksam machen kann.

Auch die im Rahmen einer Zwangslizenz zu liefernden Mengen und die zu beliefernden Länder sollten veröffentlicht werden. Um zu vermeiden, dass die für bedürftige Länder vorgesehenen Billigkopien teilweise wieder nach Europa gelangen, sollten Hersteller verpflichtet werden, unter Zwangslizenz produzierte Medikamente extra zu kennzeichnen — etwa durch eine besondere Verpackung, Farb- oder Formgebung.

So schnell wie möglich dafür zu sorgen, dass die betroffenen Menschen in bedürftigen Ländern mit den notwendigen Medikamenten versorgt werden können, ist eine Frage der Menschlichkeit. Allerdings darf auch der Patentschutz für Arzneimittel nicht unnötig aufgeweicht werden. Das schulden wir nicht nur den forschenden Pharmaunternehmen, sondern auch den Kranken dieser Welt.

Dr. Godelieve Quisthoudt-Rowohl (CDU Niedersachsen) ist Mitglied im Ausschuss für Internationalen Handel des Europäischen Parlaments.

Klimakonferenz in Montreal: USA vor Politikwechsel?

„Der Druck auf die Vereinigten Staaten in der Frage des Klimawandels nimmt zu“, erklärte der Delegationsleiter des Europäischen Parlaments, Karl-Heinz Florenz (CDU), nach den ersten Gesprächen auf der internationalen Konferenz zum Klimawandel im kanadischen Montreal. Sie bildet die Nachfolgekonferenz zum Kyoto-Protokoll und soll Wege zur Reduzierung der Treibhausgase aufzeigen. Die USA sind mit 25 Prozent des Gesamtausstoßes der weltweit größte Emittent an Kohlendioxid und haben das Kyoto-Protokoll bisher nicht ratifiziert. Ausschlaggebend für einen möglichen Sinneswandel sei weniger die geballte Überzeugungskraft der Regierungsvertreter aus etwa 180 Ländern. Vielmehr könnte der öffentliche Druck in den USA selbst eine Änderung der bisher ablehnenden Haltung der Regierung bewirken. „Vor allem die Kirchen, die in der politischen Meinungsbildung der USA eine erhebliche Rolle spielen, weisen zunehmend auf die negativen Folgen menschlichen Handelns für Natur und Klima hin“, so der CDU-Europaabgeordnete.

JOACHIM WUERMELING:

Steuergelder sparen durch europaweite Ausschreibung von Rüstungsgütern

BINNENMARKT FÜR VERTEIDIGUNGSINDUSTRIE ÖFFNEN

Sinkende Verteidigungsausgaben erhofft sich das EU-Parlament von einer Öffnung der europäischen Rüstungsmärkte. Die EU-Kommission soll dazu eine Richtlinie über die Vergabe von Militäraufträgen ausarbeiten. Das Parlament appelliert an die Mitgliedstaaten, „ihre jahrzehntelangen Vorbehalte gegen die Marktöffnung aufzugeben“. Damit will das Parlament zugleich die Wettbewerbsfähigkeit der Industrie stärken, so dass mehr Arbeitsplätze entstehen können, betonte Berichterstatter Joachim Wuermeling in Straßburg.

Fast einstimmig hat das Europäische Parlament die EU-Mitgliedstaaten dazu aufgefordert, die öffentliche Auftragsvergabe in den nationalen Verteidigungsmärkten europaweit zu öffnen. Über die Fraktionsgrenzen hinweg, waren die Abgeordneten der Ansicht, dass der Binnenmarkt auf die Verteidigungsindustrie erweitert werden sollte. „Dieses Abstimmungsergebnis ist ein richtiges Signal an die Bürger, da ein gemeinsamer Markt im Verteidigungssektor weniger Steuer-



Joachim Wuermeling MdEP

ausgaben bedeutet“, so Joachim Wuermeling. Eine verbesserte Wettbewerbsfähigkeit der Industrie würde Europa in einem globalen wirtschaftlichen Umfeld stärken.

Im September 2004 hat die Kommission ein Grünbuch zu diesem Thema präsentiert, mit dem Ziel, schrittweise einen transparenteren und offeneren europäischen Ausrüstungsmarkt im Verteidigungswesen zu kreieren. Der europäische Binnenmarkt besteht bereits seit 1992. Er erlaubt die freie Mobilität von Gütern innerhalb der Grenzen der EU. Ein wichtiger Aspekt des Binnenmarktes ist die Verpflichtung für öffentliche Auftraggeber, Beschaffungen ab einem bestimmten Wert europaweit auszuschreiben. Allerdings unterliegt die Beschaffung von Gütern, welche die essentiellen Sicherheitsinteressen eines Staates betreffen, noch dem Ausnahmetatbestand des Artikels 296 des EG Vertrags. Diese fallen nicht unter die Regelungen des Binnenmarktes.

Da es jedoch keine eindeutige Interpretation des Artikels 296 gibt, berufen sich viele Staaten fast systema-

tisch bei der Auftragsvergabe im Verteidigungswesen darauf. Besonders problematisch ist dies im Falle von so genannten „dual-goods“, welche sowohl für militärische, wie auch für zivile Zwecke benutzt werden können. Beispiel hierfür sind Catering, Computer, Fahrzeuge, Kleidung usw. Diese Situation ist für das Parlament nicht länger tragbar, da die Vorteile einer gemeinsamen europäischen Verteidigungspolitik so offensichtlich sind: Momentan betragen die europäischen Ausgaben für Verteidigung etwa 160 Milliarden Euro. Es ist notwendig, eine höhere Effizienz der Ausgaben zu erreichen. Anbieter können Größenvorteile erzielen, wenn die nachgefragte Menge groß genug, also gebündelt ist. So können erhebliche Steuermittel eingespart werden. Gerade auch in der kostenintensiven Forschung ist ein solches Vorgehen in Zukunft unumgänglich. Europa muss sich auch ein Stück weit von seiner Abhängigkeit vom amerikanischen Markt lösen und gemeinsam eigene Lösungen anstreben.

Gemeinsame Verteidigungsstrukturen aufbauen

Zudem ist ein gemeinsamer technologischer Standard von essentieller Bedeutung, damit Einsatztruppen unterschiedlicher Staaten besser miteinander kooperieren können. So nutzen die Mitgliedstaaten momentan noch höchst unterschiedliche Funktionssysteme, was die gemeinsame Arbeit enorm erschwert. Nicht zuletzt tragen gemeinsame Verteidigungsstruktu-

ren auch zu einer verstärkten politischen Integration und höherer Solidarität innerhalb der Europäischen Union bei.

Um die soeben geschilderten Probleme zu lösen und um eine effektive gemeinsame Verteidigungspolitik zu entwickeln, muss die Europäische Union sofort handeln. Zum einen ist dies durch eine präzisere Beschreibung der Güter und Verfahren, die im Ausnahmetatbestand des Artikels 296 einbezogen sind, möglich. Zum anderen sollte den Mitgliedstaaten ein Instrument an die Hand gegeben werden, um die Beschaffung auch für sensible militärische Güter zu öffnen.

Aus diesem Grund befürwortet der im Plenum angenommene Bericht von Berichterstatter Joachim Wuermeling zwei Maßnahmen. Die Kommission sollte eine interpretative Mitteilung zum Artikel 296 herausgeben, um die missbräuchliche Anwendung des Artikels zu vermeiden. Die Kommission sollte dazu parallel eine neue Richtlinie entwickeln, welche den besonderen Anforderungen der Beschaffung von Bewaffnung, Munitionsbedarf und sonstigen Kriegsmaterialien, die unter Artikel 296 fallen, gerecht wird. „Eine neue Richtlinie würde auf eine höhere Rechtssicherheit bei Aufträgen im Verteidigungssektor zu einer umfangreicheren Information und zu mehr Flexibilität bei der Auftragsvergabe führen“, begründete Wuermeling.

Dr. Joachim Wuermeling (CSU) ist stellv. Koordinator der EVP-ED-Fraktion im Ausschuss für Binnenmarkt und Verbraucherschutz des Europäischen Parlaments.

kurz & bündig

AKTUELLES AUS DER EVP-ED-FRAKTION

■ Pöttering: neue Mitgliedstaaten bei EU-Finanzverhandlungen nicht benachteiligen

Hans-Gert Pöttering (CDU), der Vorsitzende der EVP-ED-Fraktion im Europäischen Parlament, hat die Vorschläge Großbritanniens, das noch bis Ende Dezember den EU-Ratsvorsitz inne hat, für die mittelfristige Finanzplanung der Europäischen Union von 2007 bis 2013, für unzureichend erklärt. Die EVP-ED-Fraktion werde die Vorschläge nicht akzeptieren, sagte Pöttering. Die neuen Mitgliedstaaten der EU dürften bei den Verhandlungen um die Finanzielle Vorausschau der EU nicht die Zeche bezahlen, betonte Pöttering weiter. „Der Vorschlag, dass die neuen Mitgliedstaaten der EU eine Reduzierung ihrer EU-Finanzhilfen in Höhe von zehn Prozent hinnehmen sollen, ist inakzeptabel und wirft neue Gräben auf.“ Die neuen EU-Mitgliedstaaten in Mittel- und Osteuropa hätten viele Jahre unter dem Kommunismus gelitten. „Es ist unsere Pflicht, ihnen zu helfen. Die Vorschläge der britischen Ratspräsidentschaft sind dagegen das falsche Signal. Wir müssen den neuen Mitgliedstaaten helfen und können nicht erwarten, dass sie als neue Mitglieder der Europäischen Union Opfer bringen“. Der Fraktionsvorsitzende hob hervor, dass das Europäische Parlament bei den Verhandlungen um die Finanzielle Vorausschau gleichberechtigter Partner sei. „Das Europäische Parlament muss den Vorschlägen zustim-

men, bevor die Finanzielle Vorausschau in Kraft treten kann“.

Die drei polnischen EVP-ED-Abgeordneten **Jacek Saryusz-Wolski**, Vizepräsident des Europäischen Parlaments, **Janusz Lewandowski**, Vorsitzender des Haushaltsausschusses des Europäischen Parlaments, und **Jan Olbrycht**, stellvertretender Vorsitzender des Ausschusses für regionale Entwicklung, haben in einer gemeinsamen Pressekonferenz die Kritik an den Kürzungen bei den Mitteln für die neuen EU-Mitgliedstaaten bekräftigt. „Solidarität und regionale Entwicklung sind das Herz der Europäischen Union. Bestrebungen, dieses Kernprinzip abzuschaffen, könnten dem Europäischen Einigungsprozess ernsthaft schaden“, so Jacek Saryusz-Wolski.

■ Euromed-Gipfeltreffen in Barcelona

Der Fraktionsvorsitzende der EVP-ED-Fraktion, **Hans-Gert Pöttering** (CDU), hat an dem Gipfeltreffen der Staats- und Regierungschefs in Barcelona anlässlich des 10. Jahrestages des Barcelona-Prozesses teilgenommen. „Der Barcelona-Prozess spielt eine bedeutende politische Rolle im Dialog und der Verständigung zwischen Europa und der Mittelmeerregion, insbesondere auch mit den arabischen Ländern und leistet einen wichtigen Beitrag für die wirtschaftliche Entwicklung und den Frieden in der Region“. Der Barcelona-Prozess wurde 1995 ins Leben gerufen. Damit will die

Europäische Union einen Rahmen schaffen für die Zusammenarbeit mit den „Euromed“-Partnern. Dazu gehören Algerien, Ägypten, Israel, Jordanien, Libanon, Marokko, die palästinensischen Gebiete, Syrien, Tunesien und die Türkei.

■ **Türkei: Beobachter beim Prozess gegen Schriftsteller Pamuk**

Eine Abordnung des Europäischen Parlaments wird Mitte Dezember nach Istanbul reisen, um den Prozess gegen den türkischen Schriftsteller Orhan Pamuk zu beobachten. Die Delegation wird geleitet von **Camiel Eurlings** (Niederlande). Pamuk, der dieses Jahr den Friedenspreis des Deutschen Buchhandels erhalten hat, wird vorgeworfen, in einem Zeitungsinterview das Massaker an den Armeniern in der Türkei erwähnt zu haben. Dafür drohen ihm bis zu drei Jahre Haft. Bei den zwischen 1915 und 1917 verübten Massakern und bei Todesmärschen starben zwischen 300.000 und 1,5 Millionen Armenier in der Osttürkei.

Eurlings appellierte an die Wahrung der Meinungsfreiheit in der Türkei. „Das Recht auf freie Meinungsäußerung ist eines der fundamentalen Rechte, das die Türkei respektieren muss. Diese Frage ist von großer Bedeutung für den Beitritt der Türkei zur EU und könnte negative Auswirkungen auf die Beitrittsverhandlungen haben“.

■ **Abstimmung über Mehrwertsteuer**

Das Europäische Parlament hat zwei Berichte von **Zsolt László Becsey** (Ungarn) über die Mehrwertsteuer angenommen. Danach wird der Mindestnormalsatz für die Mehrwertsteuer in der EU bei 1,5 Prozent festgeschrieben. Der Höchstsatz soll 25 Prozent betragen. Die Regelung war nötig geworden, da die alte Bestimmung am 31. Dezember 2005 ausläuft. Das Europäische Parlament hat nun einer Verlängerung bis Ende 2010 zugestimmt. Ziel ist es, das reibungslose Funktionieren des Mehrwertsteuersystems in einer erweiterten EU sicherzustellen. Auf diese Weise soll verhindert werden, dass ein weiteres Auseinanderdriften der Normalsätze zu strukturellen Ungleichgewichten innerhalb der EU und zu Wettbewerbsverzerrungen in bestimmten Branchen führt. Derzeit wenden nur Dänemark, Ungarn und Schweden den Höchstsatz von 25 Prozent, Zypern und Luxemburg den Mindestsatz von 15 Prozent an.

Das Europäische Parlament hat sich zudem dafür ausgesprochen, die Erstattung der Mehrwertsteuer aus anderen EU-Mitgliedstaaten zu erleichtern. So soll ein Zulässigkeitsbescheid über eine eventuelle Erstattung innerhalb von drei Monaten erfolgen.

*Lasse Böhm, EVP-ED-Pressestelle,
lboehm@europarl.eu.int*

Impressum

UNION IN EUROPA – Informationen der EVP-ED-Fraktion des Europäischen Parlaments. Für den Inhalt verantwortlich: Hartmut Nassauer MdEP, Markus Ferber MdEP. Redaktion: Stephan Mock, CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament, Deutscher Bundestag, W 60, 11011 Berlin, Telefon 030-227-75775, e-mail: stephan.mock@cducsu.de. Verlag: Union Betriebs GmbH, Egermannstraße 2, 53359 Rheinbach, Tel. 02226-802-0. Verlagsleitung: Bernd Proffittlich, e-mail: oliver.murmann@ubg-medienzentrum.de. Herstellung: VVA – Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.